

PB.S-01-561-4 Kapitel 3: Solidarität sichern

Antragsteller*in: Michael Jenkner (KV Dresden)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 560 bis 562 einfügen:

Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen und Gehältern sollen Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden, so wie es bereits heute für freiwillig versicherte Selbständige gilt. Die Ungleichbehandlung von freiwillig Versicherten durch die Berücksichtigung aller Einkunftsarten bei der Beitragsbemessung zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung werden wir beenden. Als ersten Schritt verbessern wir die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen. Außerdem

Begründung

Hier kann ein klares Statement für Selbständige gesetzt werden, indem anerkannt wird, dass es bisher zu einer Ungleichbehandlung kommt und diese beendet wird. Welche Ungleichheit: Selbständige, die sich bewusst solidarisch verhalten und freiwillig die gesetzliche KV & PV wählen, statt der privaten Alternativen, zahlen ihre Beiträge auf alle 7 Einkunftsarten und nicht ausschließlich auf die arbeitsbezogenen Einkünfte wie es bei Angestellten der Fall ist.

weitere Antragsteller*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Gabriele Raasch (KV Schwerin); Judith Bogner (KV Mühldorf); Emanuel Sitka (KV Dresden); Annett Jagiela (KV Görlitz); Steve Grundig (KV Görlitz); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Sandra Schneeloch (KV Köln); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Anna Lanfermann (KV Chemnitz); Chris Cranz (KV Köln); Agnes Fuge (KV Frankfurt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei); Hannah Heller (KV Speyer); Nicole Rudner (Berlin-Kreisfrei KV); Hubert R. Schübel (KV Stuttgart); Gerhard Liebscher (KV Vogtland); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Margot Böhm (KV Nordfriesland); Andreas Maurer (KV Bremen-Ost); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Annemarie Struß-von Poellnitz (KV Bremen-Nordost)